

B7 BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Unerwartetes Comeback

AC/DC Die australische Kultband mit Leadgitarrist Angus Young hat sich gegen Widerstände zu einem neuen Album durchgerungen. Das ist dabei herausgekommen. **Seite 25**

Passt einfach zu allem

Zwiebeln Der Zibelemärit ist abgesagt. Das ist noch lange kein Grund, das Gemüse links liegen zu lassen. Sieben Fakten zur Zwiebel – und ein Rezept für Zibele-Kuchen. **Seite 23**

ANZEIGE

WIR WÄHLEN
FRANZISKA TEUSCHER
 CHRISTINE HÄSLER
 Regierungsrätin
 FELIX WOLFFERS
 ehem. Leiter des Sozialamts der Stadt Bern
 REGULA RYTZ
 Nationalrätin
 JOY MATTER
 ehem. Schuldirektorin
 2x auf Ihre Gemeinderatsliste

AZ Bern, Nr. 266 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 4°/13°
 Gebietsweise Nebel, sonst Mischung aus Sonne und hohen Wolkenfeldern.

Morgen 4°/12°
 Weiterhin ruhiges Wetter mit etwas Nebel, sonst aber viel Sonnenschein.

Seite 29

Heute

Madeleine Amstutz gibt Fraktionspräsidium auf

Grosser Rat Die Sigriswiler Grossrätin, gegen die ein Parteiausschlussverfahren läuft, tritt nicht mehr an zur Wahl ins SVP-Fraktionspräsidium. An ihrer Stelle kandidiert mit Barbara Josi auch wieder eine Frau. **Seite 3**

Autobahn-Gegner verstärken sich

Stadt Bern Der Verein Spurwechsel bekämpft den geplanten Ausbau der Autobahnen in der Region. Jetzt vernetzt er sich mit erfolgreichen Widerstandsgruppen in der Schweiz, um schlagkräftiger zu werden. **Seite 4**

Frauen warnen vor Frauen-Untervertretung

Stadt Bern Gut möglich, dass nach den Wahlen bloss noch eine Frau im Gemeinderat sitzt – just 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz. Nun weibeln Politpromis, um dies abzuwenden. **Seite 5**

Ein Lebensraum für den seltenen Kiebitz

Fraubrunnen Der Kiebitz steht auf der Roten Liste, der Vogel ist vom Aussterben bedroht. Einer seiner verbliebenen Lebensräume ist das Fraubrunnenmoos, das nun unter kantonalen Schutz gestellt wird. **Seite 6**

Was Sie wo finden

Unterhaltung	22/28
Forum	27
TV/Radio	30/31

Anzeigen

Todesanzeigen	26
Immobilienmarkt	20/21

Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abo-Service	0844 844 466 (Lokal tariff)
Redaktionen	
Burgdorf	034 409 34 34
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



Umweltskandal Mitholz: Kanton reicht Anzeige ein

Blausee Neue Recherchen zeigen, dass die BLS bereits seit 2012 tonnenweise teils giftigen Altschotter nach Mitholz gebracht hat. Der Kanton hat bereits reagiert.

Marius Aschwanden

Die BLS und Vigier stellten es bislang als Einzelfall dar: Bei der Sanierung des alten Lötschbergtunnels gelangte tonnenweise teils giftiger Altschotter in den Steinbruch Mitholz. Laut den Besitzern des Naturparks Blausee könnte das der Grund für das massive Fischsterben in ihrer benachbarten Forellenzucht sein. Jetzt zeigen neue Recherchen

dieser Zeitung und der SRF-«Rundschau»: Schon seit 2012 fuhren immer wieder Züge nach Mitholz, die mit Altschotter beladen waren – also über sechs Jahre vor Beginn der Lötschberg-Sanierung. Das teilweise mit Giftstoffen belastete Material stammte von diversen Baustellen der BLS. Insgesamt geht es um 16'000 Tonnen. Der Altschotter wurde laut ehemaligen Mitarbeitern des Steinbruchs zumindest

teilweise vor Ort aufbereitet. Das ist allerdings illegal. Denn die Kiesgrube ist gar keine Deponie und liegt in einem heiklen Grundwassergebiet. Aufgeschreckt durch die Recherchen, kündigte Vigier gestern in einer Medienmitteilung eine umfassende Untersuchung der Vorkommnisse der letzten Jahre an. Bei der BLS heisst es, das Bahnunternehmen sei davon

ausgegangen, dass das angelieferte Material fachgerecht angenommen, deponiert und entsorgt werden würde. Ob dies tatsächlich geschehen ist, scheint fraglich. Nun kümmert sich die Staatsanwaltschaft und die Fachstelle Umweltkriminalität um den Fall. Denn der Kanton hat Anzeige eingereicht, nachdem er letzte Woche von den Vorkommnissen erfahren hatte. Zudem hat er eine Überwachung des Grundwassers veranlasst. **Seite 2+3**

Für SCB-Sportchefin Schelling ist «der Knoten noch nicht geplatzt»



SC Bern 9 Spiele, 9 Punkte, Platz 8. Florence Schelling, die Sportchefin des SCB, zieht eine erste Zwischenbilanz der Saison. «Wir sind nicht dort, wo wir gern wären.» Es fehle an Punkten. Das Ziel sei nun, mit den Spielern, die jetzt im Kader seien, das Beste herauszuholen. (red) **Seite 17** Foto: Anthony Anex (Keystone)

Nicht ganz ohne Glühwein

Stadt Bern Die Weihnachtsmärkte auf dem Waisenhaus- und dem Münsterplatz dürfen zwar stattfinden, doch ohne beliebte Glühweinstände. So verlangen es die Corona-Schutzmassnahmen. Doch gänzlich auf Glühwein verzichten müssen Bernerinnen und Berner zumindest am Waisenhausplatz nicht. «Platzhirsch»-Betreiber Olivier Jaggy

wird dort zusammen mit den Betreibern des Restaurants Serini im Eichholz eine Pop-up-Bar führen. Weil ein solches Angebot auf dem Marktareal nicht zulässig ist, findet der Glühweinpunsch etwas abseits des Märts statt, und zwar beim Oppenheim-Brunnen. Konsumieren dürfen die Gäste jedoch nur im Sitzen. (mib) **Seite 4**

Unruhe wegen Trump

Präsidentenwahl Donald Trump versucht mit einer Welle von Klagen, seine Wahlniederlage vor Gericht noch anzufechten. Alles nur Theater, meint der Chefjurist von Joe Biden. Bisher hat Trumps Kampagne nirgends Beweise für Wahlbetrug vorgelegt, und seine Aussichten auf Erfolg sind gering. Doch Trump versucht, die entscheidenden

Bundesstaaten mit Klagen daran zu hindern, ihre Wahlergebnisse innerhalb der vorgegebenen Frist zu zertifizieren. Weil die meisten führenden Republikaner zu den Betrugsvorwürfen schweigen oder sie bekräftigen, wächst in Washington die Sorge darüber, dass das Vertrauen in das Wahlsystem Schaden nehmen könnte. (cas) **Seite 13**

Die grösste Impfkation

Corona-Krise Aussichtsreiche erste Impfungen werden wohl bald schon in alle Welt ausgeliefert. Die grösste Herausforderung dabei: Wie kann die Impfung schnell und unter Einhaltung der Kühlketten auf der ganzen Welt verteilt werden? Sind die Vakzine erst einmal in den Ländern angekommen, geht es darum, wie effizient und schnell die Bevölkerung geimpft werden kann.

In der Schweiz liegt die Verantwortung für diese Frage bei den Kantonen. Sie befinden sich derzeit mitten in der Vorbereitung. Das Problem dabei ist, dass noch unklar ist, welcher Impfstoff denn am Ende verabreicht wird. Davon hängt auch die Frage ab, ob die Impfungen in extra eingerichteten Zentren gemacht werden.

Laut Rudolf Hauri, Kantonsarzt in Zug und Präsident der Vereinigung der Kantonsärzte und -ärztinnen, ist das Ziel, je nach Impfstoff möglichst breitflächig die Möglichkeit zu bieten, sich impfen zu lassen, also etwa bei Hausärzten. Zentral dabei ist die Logistik. (phf) **Seite 9**

Die Rübenbauern sehen sich im Stich gelassen

Pestizid Konsternation bei den Zuckerrübenbauern: Sie haben für die Notfallzulassung von Gaucho gekämpft, einem Insektengift, das in der Schweiz seit zwei Jahren verboten ist. Denn die Zuckerrüben sind dieses Jahr stark von der virösen Vergilbung befallen, die Bauern klagen über Ernteverluste von bis zu 50 Prozent. Doch jetzt winkt das Departement von Bundesrat Guy Parmelin ab. Die Experten im Bundesamt für Landwirtschaft sind gegen den Einsatz. Es bestehe ein Risiko für Bestäuber und auch für Wasserorganismen, erklärt das Amt auf Anfrage. Es gibt aber vermutlich einen Zusammenhang zwischen dem Entscheid und der bevorstehenden Volksabstimmung über die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative. (red) **Seite 10**

Er war Arzt und Anwalt der Kinder

Remo Largo Viele Eltern haben höchstwahrscheinlich sein Buch «Babyjahre» im Gestell. Seine Aufforderung zum entspannten Umgang mit Kindern hat die Erziehung nicht nur in der Schweiz verändert. Nun ist Remo Largo im Alter von 76 Jahren gestorben. Entwickelt hatte er seine Theorien als Kinderarzt und dreifacher Vater. (red) **Seite 24**

Mitholz geliefert



Madeleine Amstutz tritt ab von SVP-Fraktionsspitze

Grosser Rat Die Sigriswiler Politikerin Madeleine Amstutz gibt die Führung der SVP-Grossratsfraktion ab. An ihrer Stelle kandidieren die Grossräte Barbara Josi und Markus Aebi.

Die Sigriswiler SVP-Grossrätin Madeleine Amstutz versucht es gar nicht erst, sich als Fraktionspräsidentin der SVP wiederwählen zu lassen. Wie sie am Donnerstagnachmittag in einer Medienmitteilung erklärt, konzentriert sie sich auf den Wahlkampf um das Gemeindepräsidium von Sigriswil und verzichtet deshalb auf die Weiterführung des Fraktionspräsidiums. Für die Neuwahlen ins Präsidium tritt sie am 19. November nicht mehr an. Ihre Wahlchancen wären ohnehin minim gewesen, da ein Parteiausschlussverfahren der kantonalen SVP gegen sie läuft.

Amstutz hatte das Präsidium vor vier Jahren als ziemlich frisch gewählte Grossrätin gegen parteinterne Konkurrenz errungen. Auf Anfrage erklärt sie, dass sie das Amt freiwillig und nicht unter Zwang abgebe. Dennoch: Sie tritt auch deshalb ab, weil sie parteiintern unter Beschuss ist. Die 41-Jährige steht im Zentrum einer Spesenaffäre in ihrer Wohngemeinde Sigriswil. Sie soll zu hohe Abgeltungen bezogen haben. Weil die Sigriswiler SVP-Ortssektion Amstutz nicht für die Gemeindewahlen nominierte, gründete sie mit 50 weiteren unzufriedenen Personen darauf eine neue Ortspartei. Für diese wurde sie am 27. September mit dem Bestresultat in den Sigriswiler Gemeinderat gewählt.

Angedrohter Ausschluss

Ein Parteiausschlussverfahren strengt die kantonale SVP-Parteileitung nun aus zwei Gründen gegen Madeleine Amstutz an: Ihre neue Ortspartei konkurrenzieren die originale SVP-Sektion. Und sie habe sich nicht zugunsten des offiziellen SVP-Kandidaten Anton Ambühl von der Stichwahl ums Sigriswiler Gemeindepräsidium zurückgezogen. Das Ausschlussverfahren durchführen muss die SVP Sigriswil. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen nötig.

Es ist gut möglich, dass das Ausschlussverfahren also scheitert. Ihre Karriereaussichten haben sich auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene aber dennoch verüstert.

SVP lanciert auch eine Frau

Für die Nachfolge von Madeleine Amstutz tritt am 19. November bei der Neuwahl ins SVP-Fraktionspräsidium nicht nur ein Mann, sondern auch wieder eine Frau an. Am Donnerstagabend stellte der Fraktionsausschuss Grossrätin Barbara Josi (55) aus Wimmis und Grossrat Markus Aebi (62) aus Hellsau auf. Das bestätigt SVP-ParteiSekretärin Alike Panayides.

Madeleine Amstutz war vor vier Jahren die erste Frau im SVP-Fraktionspräsidium. Barbara Josi, die seit 2018 im Grossen Rat sitzt, könnte die weibliche Führung fortsetzen. Ihr Kontrahent Markus Aebi ist seit 2011 Mitglied des Kantonsparlaments. Die Vizepräsidenten Mathias Müller (Orvin) und Patrick Freudiger (Langenthal) treten wieder an.

Stefan von Bergen

lassen

gegen 70 Millionen Franken soll die Sanierung des alten Lötschbergtunnels vollendet werden.

wird. Grossrat Kurt Zimmermann (Frutigen) fordert in einer dringlichen Motion den Regierungsrat als Mehrheitsaktionär der BLS auf, sich beim Unternehmen sowie beim Bundesamt für Verkehr (BAV) dafür einzusetzen, dass die gesamten 14,6 Kilometer des Tunnels saniert werden.

Ständerat Werner Salzmann deponiert diese Forderung auch im Bundeshaus, wie er ankündigt. Denn die Bahninfrastruktur wird aus Bundesmitteln finanziert. «Was beim Lötschberg-Scheiteltunnel auf dem Tisch liegt, ist keine Lösung, sondern eine langfristig teurere Salami-taktik», kritisiert Salzmann. Das 40 Jahre alte Gleis im Tunnel müsse sowieso saniert werden. Es werde noch teurer, wenn die jetzt installierte Bauinfrastruktur abgebaut und später neu aufgezogen werden müsse.

Salzmann nimmt daher in Kauf, dass die Zahlung an die

Baugruppe Marti, wie von dieser gefordert, auf 157 Millionen Franken steigen wird. «Billiger ist es offenbar nicht möglich», sagt er. Pikant: Den Zuschlag hatte Marti für 89 Millionen Franken erhalten.

Salzmann fordert allerdings, dass die BLS die Mehrkosten kompensiert, indem sie andere Projekte optimiert, verzögert

BAV knüpft sich die BLS vor

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat bei der BLS neben dem Lötschberg-Scheiteltunnel noch zwei weitere offene «Baustellen»: So soll die BLS umgehend Stellung nehmen dazu, warum schon seit 2012 Gleisaushub in den Steinbruch Mitholz gelangt ist. Und nach den zu hohen Abgeltungen der öffentlichen Hand fordert das BAV weiterhin den vollständigen Bericht der Revisionsgesellschaft

oder darauf verzichtet: «Die Mehrkosten müssen in den 800 Millionen Franken Platz haben, welche die BLS alle vier Jahre vom Bund für die Infrastruktur erhält.»

Darauf drängte auch schon das Bundesamt für Verkehr. Ob die Tunnelsanierung auf den letzten 1,3 Kilometern überhaupt abgeändert und auf die lange

PWC zu den Vorgängen bei der BLS.

Diesen Bericht will die BLS nicht veröffentlichen und auch der Aufsichtsbehörde nicht lückenlos herausrücken. Es stellen sich aber Fragen der Verantwortlichkeiten. Das BAV will zudem «in absehbarer Zeit» über eine allfällige Straf-anzeige entscheiden.

Bernard Guillemon ist auf Ende Oktober als BLS-Chef zurückge-

Bank geschoben werden kann, auch das muss vom BAV noch genehmigt werden.

Das Amt hat noch nicht entschieden. Es erwartet aber «eine nachhaltige Lösung, die bezüglich Betrieb, Unterhalt und Folgekosten optimiert ist und mit der laufenden Sanierung zusammenpasst». Bis das weitere Vorgehen abgestimmt ist, gilt laut

treten. Er hatte einräumen müssen, dass die Geschäftsleitung bereits seit Frühling 2017 wusste, dass Halbtaxerlöse aus dem Liberoverbund nicht eingerechnet und daher die Abgeltungen der öffentlichen Hand zu hoch waren. Verwaltungsratspräsident Rudolf Stämpfli ist vergangene Woche per sofort zurückgetreten, aus gesundheitlichen Gründen, wie er betonte. (ju)

einem Sprecher des Bundes die bestehende Plangenehmigung, die eine durchgängige Ausrüstung des Tunnels mit einer festen Fahrbahn vorsieht.

Die BLS erwägt, auf den letzten 1,3 Kilometern später durch eine Drittfirma ein neues Schottergleis einzubauen. Womöglich verteuert sich die Tunnelsanierung auch noch aus einem anderen Grund. Die Mehrkosten für die korrekte Entsorgung des Gleisaushubs in einem anderen Vigier-Werk als in Mitholz sollen gemäss Unterlagen, die dieser Zeitung und der SRF-«Rundschau» vorliegen, lediglich 1,5 bis 2 Millionen Franken betragen. Doch daran gibt es Zweifel. So heisst es dazu in einer internen BLS-Kostenschätzung, die mit dem Thema Blausee/Mitholz verbundenen Risiken seien «namhaft».

Julian Witschi

Seit 2012 wurde giftiges Material nach

Umweltskandal Blausee Schon vor der Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels hat die BLS teilweise giftigen Altschotter in den Steinbruch Mitholz gebracht. Die Blausee-Besitzer sind schockiert.

Marius Aschwanden

Nächste Woche kommt es im Kandertal zum grossen Krisentreffen im Fall Blausee. Eingeladen hat Regierungsratsthalerin Ariane Nottaris. Besprochen wird ein einziges Traktandum: die illegalen Aktivitäten im Steinbruch Mitholz und das allenfalls damit verbundene Fischsterben im Naturpark.

Trotz laufenden Strafverfahrens will Nottaris alle beteiligten Parteien – vom Kanton über die Blausee-Besitzer bis hin zu Marti und Vigier – gemeinsam an einen Tisch bringen. Das Ziel: endlich wieder miteinander sprechen und wenn möglich einen gemeinsamen Nenner finden. Ob das gelingt, scheint allerdings fraglich.

Denn seit Monaten spielt sich im Kandertal ein Umweltkrimi ab, der jetzt eine neue Dimension erreicht hat. Anders als bisher angenommen, wurde in der ungeschützten Kiesgrube nur 1,5 Kilometer oberhalb des Blausees nicht nur teils giftiges Material aus der Sanierung des Lötschberg-Tunnels deponiert. Vielmehr gelangten bereits Jahre vorher Tausende Tonnen Altschotter in den Steinbruch.

Tote Forellen

Überhaupt erst bekannt geworden ist der Skandal wegen toter Forellen. In der Fischzucht Blausee sind in den letzten zwei Jahren bei starken Regenfällen Zehntausende Tiere gestorben. Im September machte diese Zeitung publik, dass die Konzerne Marti und Vigier praktisch zeit-

«Wir sind davon ausgegangen, dass das angelieferte Material fachgerecht angenommen, deponiert und entsorgt wird.»

BLS-Stellungnahme

gleich bei der über 150 Millionen Franken teuren Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels tonnenweise teils giftigen Altschotter in die Kiesgrube geschüttet haben.

Die Staatsanwaltschaft muss nun klären, ob das Grundwasser kontaminiert wurde und es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der illegalen Deponie und dem Fischsterben gibt, wie die Naturpark-Besitzer vermuten.

Seit 2012 Material bearbeitet

Neue Recherchen dieser Zeitung und der SRF-«Rundschau» zeigen nun: Schon seit 2012 führen immer wieder Züge nach Mitholz, die mit Altschotter beladen waren – also über sechs Jahre vor Beginn der Lötschberg-Sanierung. Das teilweise mit Giftstoffen belastete Material – insgesamt geht es um 16'000 Tonnen bis 2019 – stammte von diversen Baustellen der BLS.

Wie im Fall der Lötschberg-Erneuerung wurde offenbar auch dieses zumindest teilweise im Steinbruch gesiebt, gewaschen und anschliessend als Schotter zweiter Klasse weiterverkauft. Die dabei anfallende Feinfraktion sei vor Ort deponiert worden, ebenso der Schlamm, der beim Waschvorgang des Materials übrig bleibt. Dies belegen Aussagen von ehemaligen Angestellten der Kiesgrube.

Das alles wäre illegal. Jacques Ganguin, Leiter des kantonalen Amtes für Wasser und Abfall (AWA), sagte bereits im September, dass in der Kiesgrube kein solches Material bearbeitet werden darf. Denn sie ist keine Deponie. Der Steinbruch ist nicht ausreichend gegen Umweltgifte gesichert. Zudem liegt er in einer sensiblen Grundwassergebiet. Deshalb dürfte gemäss der gültigen Überbauungsordnung lediglich sauberer Bodenaushub zum Auffüllen der Gruben benutzt werden. Altschotter hat dort nichts verloren, auch nicht unverschmutzter.

Material wieder ausgegraben

Im Fall der Lötschbergsanierung liessen die Behörden bereits

1000 Tonnen Material wieder ausgraben. Dieses musste korrekt auf einer Deponie entsorgt werden. Doch was ist mit der Feinfraktion und dem Waschlamm vom Schotter, der zwischen 2012 und 2019 nach Mitholz gebracht wurde? Liegt dieses Material noch immer in der Kiesgrube?

Klar ist: Unter den 16'000 Tonnen befand sich auch stark verschmutztes Material, wie die BLS auf Anfrage einräumt. Wie viel, ist allerdings unklar. Gemäss dem Bahnunternehmen handelt es sich beim grössten Teil um unverschmutzten oder schwach verschmutzten Schotter. Das restliche Material sei wenig verschmutzt oder sogar stark verschmutzt.

Aufgeschreckt durch die aktuellen Recherchen dieser Zeitung, trat Vigier am Donnerstag die Flucht nach vorne an und verschickte eine Medienmitteilung. Darin bestätigt sie den Sachverhalt und kündigt eine «umfassende Untersuchung an». Diese soll alle Abläufe des Bereichs Vigier Beton umfassen rund um «die Anlieferung, Weiterverarbeitung, Ablagerung und Entsorgung von Gleisaushubmaterial». Weiter schreibt das Unternehmen: «Welche Mengen wie und wo entsorgt wurden, wird Gegenstand der Untersuchungen sein.»

Altschotter

Die Giftstoffe im alten Bahnschotter stammen von imprägnierten Holzschwellen, vom Abrieb der Zugbremsen oder von Ölen und Schmiermitteln. Je nach Streckenabschnitt sind die Steine unterschiedlich stark verschmutzt. Im Bereich von Weichen ist die Kontamination beispielsweise besonders gross. Dasselbe gilt für die sogenannte Feinfraktion. In diesem Kleinstmaterial zwischen und unter den grösseren Steinen lagern sich die Giftstoffe vornehmlich ab. Unter Umständen gilt dieses sogar als Sonderabfall, ebenso der Waschlamm, der bei der nassen Aufbereitung des Materials entsteht. (mab)

«Wir verlangen volle Transparenz und eine objektive Aufarbeitung.»

Stefan Linder
Blausee-Mitbesitzer

Dass Grundwasser aufgrund der Vorkommnisse verseucht wurde, glaubt Vigier hingegen weiterhin nicht. Regelmässige Proben würden stets unbedenkliche Werte zeigen. Fragen wollte das Unternehmen jedoch nicht beantworten.

Blausee-Besitzer sprachlos

Und wie viel wusste die BLS von der ganzen Sache? War ihr bewusst, dass der Schotter im Steinbruch nichts zu suchen hat? «Wir sind davon ausgegangen, dass das angelieferte Material fachgerecht angenommen, deponiert und entsorgt wird», schreibt die BLS dazu. Die Lieferungen würden auf Verträgen basieren. Und weiter: «Eine fachgerechte Entsorgung wurde uns vertraglich zugesichert.»

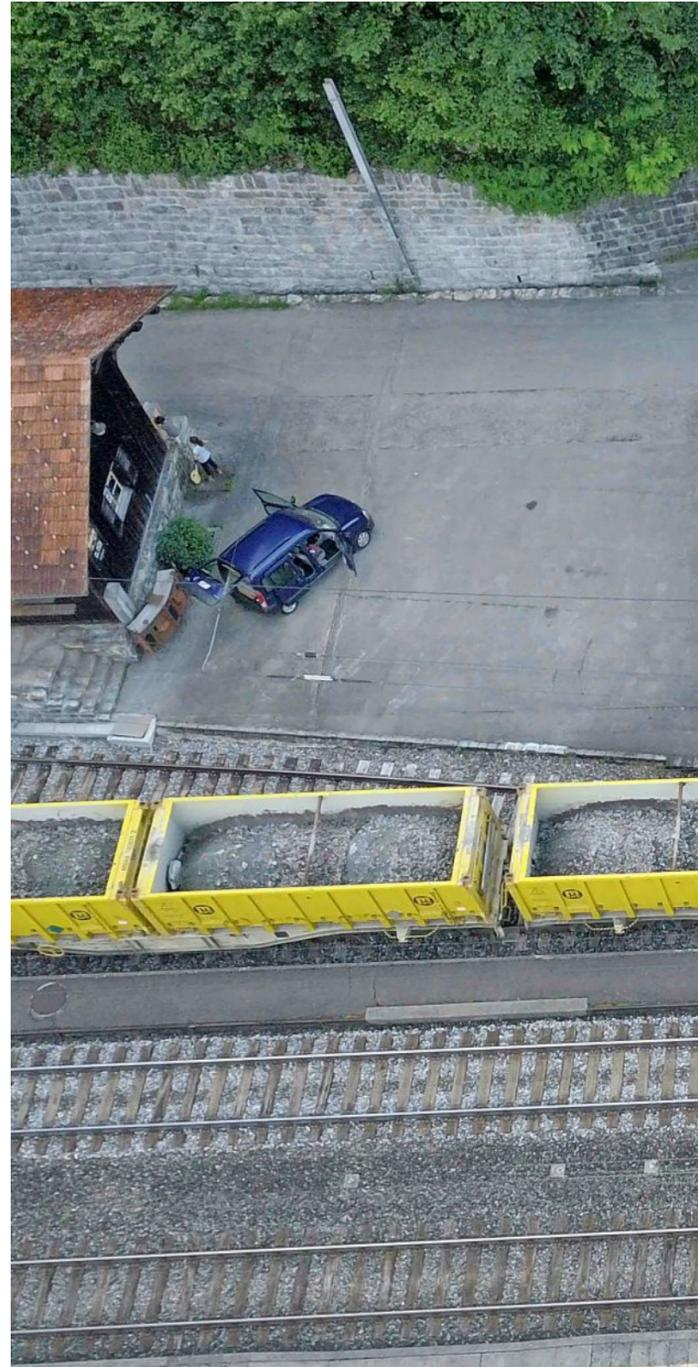
Der Kanton hat bereits auf die neuen Erkenntnisse reagiert. Am Mittwoch vor einer Woche habe das Amt für Wasser und Abfall davon erfahren, schreibt die Medienstelle der Bau- und Verkehrsdirektion auf Anfrage. Einen Tag später sei die Fachstelle Umweltkriminalität benachrichtigt worden. Dies mittels einer Anzeige gegen unbekannt, wie Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) auf Anfrage präzisiert.

Die Umweltpolizisten würden nun gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft die nötigen Ermittlungen tätigen. Das AWA seinerseits habe eine Überwachung des Grundwassers veranlasst. «Je nach Befund werden weitere Massnahmen angeordnet, um jegliche Gefährdung von Umwelt, Mensch und Tier auszuschliessen», schreibt die Medienstelle.

Die prominenten Besitzer des Blausees schliesslich – Ex-Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand, Globetrotter-CEO André Lüthi und Swiss-Economic-Forum-Gründer Stefan Linder – reagieren schockiert auf die Recherchen. «Ich bin sprachlos», sagt Linder. Wenn es tatsächlich zutrefte, dass während Jahren solches Material in Mitholz aufbereitet wurde, sei das unglaublich.

Für ihn wäre das aber auch eine Erklärung für das Fischsterben von April 2018. Denn bereits damals schwammen plötzlich Tausende Forellen tot in den Becken. Dabei hatte die Lötschberg-Baustelle noch gar nicht begonnen. «Die neuen Erkenntnisse könnten eine Erklärung dafür sein», so Linder.

Er erwartet nun, dass die Untersuchung der Geschehnisse und der möglichen Altlasten unabhängig erfolgt. «Es kann nicht sein, dass der Steinbruch diese durchführt. Wir verlangen volle Transparenz und eine objektive Aufarbeitung.»



Schotterlieferung aus dem Lötschberg-Tunnel. Foto: PD

SVP will Marti fertigbauen

Affäre um Tunnelanierung Trotz Mehrkosten von

Der Umweltskandal beim Blausee weitet sich aus, und damit gerät auch die BLS stärker in ein schiefes Licht, insbesondere die für Bauprojekte verantwortliche Infrastruktursparte. Diese wird seit 2010 – also schon seit Beginn der 2012 gestarteten umstrittenen Schotterlieferungen nach Mitholz – von Daniel Wyder geleitet.

Wyder hatte nach Recherchen der Berner Zeitung vor einem Monat eingeräumt, dass die Sanierung des Lötschberg-Scheiteltunnels sicher ein Jahr länger bis Ende 2023 dauern und neu 145 Millionen Franken kosten werde. Das sind rund 40 Millionen Franken mehr als geplant. Die beauftragte Tunnelbaufirma Marti hatte gar fast 70 Millionen Franken mehr gefordert. Denn es müsse massiv mehr Schotter abgeführt und mehr Beton für die neue feste Fahrbahn eingebaut werden als offeriert.

Die BLS will die Mehrkosten auf 40 Millionen Franken drücken, indem sie auf die Sanierung der letzten 1,3 Kilometer des doppelspurigen Tunnels vor dem Südportal bei Goppenstein VS vorläufig verzichtet. Doch dagegen regt sich nun politischer Widerstand.

Gegen teureres Flickwerk

Grüne und SP haben bereits gefordert, dass zu der Affäre Blausee/Lötschberg eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt werden soll. Der Grosse Rat wird in der anstehenden Session darüber befinden. Bereits aktiv geworden ist die Geschäftsprüfungskommission (GPK). Dies auch auf Druck der SVP, welche die Ereignisse in der Region Blausee «lückenlos aufgeklärt» haben will.

Die SVP verlangt zudem nun, dass der ganze Lötschberg-Scheiteltunnel fertig saniert



Will eine unabhängige Untersuchung: Blausee-Mitbesitzer Stefan Linder ist schockiert über die neusten Recherchen. Foto: Susanne Keller